

### Ausdruck des Abg. Hofrat Kuranda von der Berichterstattung über die Kohlensteuer.

Abg. Hofrat Kuranda, der Referent über die Kohlensteuer, hat an den Obmann des Finanzausschusses Reichsratsabgeordneten Dr. v. Löwenstein ein Schreiben gerichtet, in dem er die Berichterstattung über die Kohlensteuer vorlage zurücklegt. Als Grund führt er die Erhöhung des Mehl- und Brotpreises an, die in dem Gefüge des Regierungsprogramms betreffend die indirekten Steuern eine derartige Verschiebung hervorgerufen hat, und sein Standpunkt diesem Programm und den einzelnen Punkten desselben gegenüber eine wesentliche Aenderung erfahren mußte. Die Erhöhung des Mehl- und Brotpreises bedeute die Belastung einer bloß dreifünftel der Bevölkerung umfassenden Schicht, halte aber die landwirtschaftlichen Produzenten von der Teilnahme an dieser schweren Belastung frei.

„Ingegensatz dieser Sachlage“, schreibt Hofrat Kuranda, „erhält die von der lediglich konsumierenden Volksschicht zu übernehmende, von Rechts wegen von dem produzierenden Bevölkerungsteile zu tragende Quote der Mehrleistung, welche sich mit dem Betrage von mehr als 400 Millionen beziffert, in evidenter Weise den Charakter einer indirekten Steuer, welche aber unglaublicherweise nicht einmal zugunsten des Staates, sondern geradezu als Tribut an die agrarische Bevölkerungsgruppe den übrigen Staatsbürgern aufzwingen werden soll. Was aber diese Aufzwingung einer den Selbstversorger auf diese Weise durch die übrigen Konsumenten zu entrichtenden Abgabe, welche sich geradezu als Mahlsteuer, die verwerflichste aller Abgabearten, darstellt, noch häßlicher, als sie es an und für sich schon ist, erscheinen läßt, ist der Umstand, daß diese Besteuerung zugunsten gerade jener erfolgen soll, welche durch die ihnen gewährten neuerlichen Zugeständnisse auf dem Gebiete der Preise, der Zuweisung und der Sicherung der Nahrungsmittel die Notwendigkeit einer so obdosen Preiserhöhung in hervorragendem Maße mitgeschaffen haben. Durch dieses Vorgehen der Regierung wird aber der bis nun schon offen zutage getretenen übermäßigen Begünstigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf dem Boden der direkten Besteuerung nunmehr auch auf jenem der indirekten Abgaben, die bisher bloß latent betriebene Bevorzugung ganz offen und am hellen Tage zum Prinzip erhoben.“

Unter solchen Verhältnissen werden Sie, sehr geehrter Herr Obmann, begreifen, daß ich als Abgeordneter eines städtischen, reinen Konsumentenbezirktes nicht weiter gewillt sein kann, der Finanzverwaltung bei der Durchführung der von ihr für die nächste Zeit vorgesehenen, die städtische Bevölkerung ohnehin wieder weit mehr als die ländliche belastenden Projekte indirekter Steuern insoweit fördernd und mitläufig die Hand zu bieten, als nicht die von Regierungswegen nunmehr inaugurierte klassenmäßige Preispolitik auf dem Gebiete der wichtigsten Volksnahrungsmittel gründliche Wandlung gefunden haben wird.“